

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

Stand: 04.04.2023 inklusive übernommene Änderungen aus
FRS-Anträgen

Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Alles wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	4
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	5
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	6
Eine andere Globalisierung ist möglich	6
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino schließen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wie erreichen wir es?.....	8
Finanzmärkte regulieren.....	8
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	9
2. Handelspolitik und Menschenrechte	9
2.1. Was ist das Problem?.....	9
2.2. Was will Attac?.....	11
2.3. Wie erreichen wir das?.....	11
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken.....	11
3.1. Was ist das Problem?.....	11
3.2. Was wäre besser?.....	12
3.3. Wie erreichen wir es?.....	12
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	12
Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen	12
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	12
Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	13
Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen.....	13
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	13
4. Krieg und Militarisierung.....	13
4.1. Was ist das Problem?.....	13
4.2. Was will Attac?.....	14
4.3. Wie erreichen wir das?.....	14
Zivile Konfliktlösung.....	14
Globalisierung entmilitarisieren	15
Globale Abrüstung.....	15

5. Soziale Sicherheit für alle.....	15
5.1. Was ist das Problem?.....	15
5.2. Was will Attac?.....	16
5.3. Wie erreichen wir es?.....	16
Solidarische Bürgerversicherung.....	16
Soziale Grundsicherung.....	17
Solidarische Städte.....	17
6. Flucht/Migration.....	17
6.1. Was ist das Problem?.....	17
6.1. Was will Attac?.....	18
6.3. Wie erreichen wir das?.....	18
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	18
7.1. Was ist das Problem?.....	19
7.2. Was will Attac?.....	19
7.3. Wie erreichen wir das?.....	19
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	19
Anders wirtschaften und konsumieren.....	19
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	20
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	20
8. Demokratie.....	20
8.1. Was ist das Problem?.....	20
8.2. Was will Attac?.....	21
8.3. Wie erreichen wir das?.....	21
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	22
9.1. Was ist das Problem?.....	22
9.2. Was will Attac?.....	23
9.3. Wie erreichen wir das?.....	23
Epilog.....	24
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	24

5 Prolog

6 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
7 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
8 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
9 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene - wir leben in Zeiten
10 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
11 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
12 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
13 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.
14 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung
15 der Welt billigend in Kauf nimmt.
16 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem Guten Leben für Alle streben, die der
17 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
18 Ausdruck in solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer
19 Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und
20 für Ernährungssouveränität, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und
21 vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts-
22 und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

23

24 **Globalisierung heute**

25 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
26 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
27 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
28 Globalisierung geschieht auf Kosten von Umwelt und Menschenrechten. Produktions- und
29 Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu
30 ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich
31 das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

32 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer immer
33 schwindelerregenderen, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare
34 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Die bisherige Globalisierung basiert auch auf der
35 Ungleichheit der Geschlechter. Konzerne und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich
36 dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Die
37 Globalisierung verbreitet Naturzerstörung über den gesamten Planeten und ignoriert gleichzeitig die
38 ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einer begrenzten Erde
39 schlicht nicht möglich ist. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich. Die
40 Globalisierung ist in einer vielfachen Krise.

41 ***Alles wird zur Ware***

42 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
43 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
44 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen in der globalen Konkurrenz ihre
45 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen
46 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen die Steigerung der Profite zu ihrem
47 ureigensten Anliegen: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche
48 Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und, z.B. mittels Freihandelsabkommen, offene
49 Märkte hergestellt.

50 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
51 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
52 besser funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Es sollen nicht nur
53 Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht die
54 Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie
55 ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu
56 beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die
57 Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen immer besser in der Lage sind, ihre
58 wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen.

59 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
60 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
61 **nur kleine** Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
62 Leistungskürzungen des Staates bedeuten z.B., dass für viele Betreuungs- und
63 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden müssen. Nur Reiche
64 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
65 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge
66 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass **weiblich**
67 **gelesene Personen** durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

68 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt diktiert der Politik ihr
69 Handeln – in demokratischen und in autoritären Staaten. Märkte sind die zentralen
70 gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde
71 soll einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben:
72 Die ganze Welt soll zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von
73 Sextourismus, Frauenhandel und Leihmuttertschaft.

74 ***Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn*** 75 ***einzelne Staaten den Aufstieg schaffen***

76 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
77 Globalisierung fortgesetzt. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen
78 Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen
79 Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und
80 Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in postkoloniale transferiert. Den meisten
81 Staaten des Globalen Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen. Von dem Internationalen
82 Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (World Trade
83 Organisation), die z.B. die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale **Handels- und**
84 **Investitionsschutzabkommen**. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt
85 und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und
86 Umweltauflagen in Asien und anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen
87 dabei nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als
88 Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

89 Mächtige Staaten wie die USA und China sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen
90 Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber
91 auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die
92 Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Die
93 EU, Russland, Indien und auch die anderen BRICS-Staaten versuchen, **einen möglichst großen**
94 **Teil des Kuchens für sich zu sichern**.

95 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre
96 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
97 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei
98 handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im
99 System globaler Kapitalismus.

100 Den Ländern des Globalen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen
101 Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten, zumal vielen
102 **dieser** Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde,
103 während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen
104 Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und
105 Migration gezwungen sind.

106 ***Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu***
107 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
108 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
109 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale **Lüge** herausgestellt.
110 Menschen werden in soziale Verhältnisse hinein geboren und verfügen damit über unterschiedliche
111 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine

112 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
113 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, die Menschen nicht. Viele
114 sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als
115 Care-Arbeiterinnen in den Städten des Globalen Nordens. Besonders für FLINTA*s gehen die
116 gewonnenen Freiheiten mit neuen wirtschaftlichen Abhängigkeiten einher.

117 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
118 Anlagemöglichkeiten für die immer riesigeren Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
119 wurde eine gigantische Umverteilung von den öffentlichen Haushalten, also den
120 Steuerzahler*innen, aber auch jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, **zu**
121 **Finanzunternehmen** und ihren superreichen Nutznießer*innen betrieben.

122 ***Die Gewalt der Globalisierung***

123 Gerade für die Länder des Globalen Südens bedeutet die Globalisierung Gewalt. Den
124 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF und Weltbank sind, insofern sie
125 regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen
126 vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes
127 etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

128 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
129 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der Staaten des Globalen Südens geprägt von
130 Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung
131 ökologischer Lebensgrundlagen. Dies alles bei Straflosigkeit für darin verwickelte transnationale
132 Konzerne. In **vielen** Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird
133 verweigert. Die Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind
134 an der Tagesordnung.

135 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
136 hier in den Ländern des Globalen Nordens bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser
137 Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben sind. Das ist das Werk der
138 neoliberalen Globalisierung.

139 Geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die
140 Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, beispielsweise durch das Verbot von Abtreibungen.
141 Extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt sind Femizide, **also die Ermordung von weiblich**
142 **gelesenen Personen.**

143 Und wie immer in Krisenzeiten steigt die Zahl der Kriege. Selbst der Einsatz von Atomwaffen wird
144 wieder denkbar.

145 ***Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten***
146 **Der Wachstumszwang treibt die Globalisierung an. Der Gewalt gegen die Natur und**
147 **den Planeten sind so immer weniger Grenzen gesetzt. Der Welt wird immer mehr**
148 **eine Warenförmigkeit aufgezwungen. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur**
149 **scheinbar legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.**

150 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
151 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
152 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
153 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
154 der Natur längst in Sichtweite oder schon überschritten.

155 Die daraus resultierende Klimakatastrophe droht unzählige Menschenleben zu fordern. Zudem
156 droht ein gigantisches Artensterben, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben
157 kann.

158 **Die Krise der neoliberalen Globalisierung**

159 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
160 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur,
161 von dem andere Staaten abhängig sind, gelungen. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
162 und Vertriebsplattformen verfügen haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
163 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus hat sich in seiner staatlichen Verfasstheit
164 diversifiziert. Neben neoliberalen, stärker demokratisch verfassten Varianten tritt er auch in Form
165 staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

166 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
167 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie **weiter** an Glaubwürdigkeit verloren. Von der
168 Klimabewegung und den schieren, klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt
169 inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler
170 Marktradikalismus eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die
171 neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den
172 demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten
173 von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel **durch Freihandelsabkommen**.
174 Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung
175 gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle
176 Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist
177 gut, wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung **und solidarischen Lösungen**
178 verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären **und rassistischen**
179 Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise,
180 um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

181 **Abkehr vom Neoliberalismus?**

182 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
183 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
184 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
185 sich hierzu gezwungen, um die Folgen abzumildern und auch um soziale Proteste einzuhegen.

186 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung **aber** in
187 erster Linie ein Weiter-So: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den
188 Ländern des Globalen Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
189 Privatisierungen werden forciert und sogenannte „moderne“ Freihandelsverträge abgeschlossen, die
190 demokratische Kontrollmechanismen **aushebeln**. Staatlich gefördertes grünes Wachstum und
191 marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
192 Klimakrise propagiert, obwohl längst **klar sein sollte**, dass der profitorientierten Globalisierung
193 planetare Grenzen gesetzt sind, die eine weiteres globales Wachstum untragbar machen.

194 **Eine andere Globalisierung ist möglich**

195 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
196 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
197 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
198 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

199 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
200 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
201 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
202 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

203 Menschen streiten mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten
204 Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale
205 Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung.
206 Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum
207 für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

208 Themenfelder

209 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – das Finanzcasino** 210 **schließen!**

211 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
212 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die Regulierung dieser Märkte ist ein zentrales
213 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

214 **1.1. Was ist das Problem?**

215 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
216 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
217 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
218 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
219 (Bretton Woods). Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung
220 das Volumen an anlagesuchendem Kapital. Um es anzulocken, wurde die Kontrolle von
221 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
222 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue Finanzanlagen. Währungen,
223 Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds
224 wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge:
225 Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der
226 Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von
227 Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den
228 betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

229 Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen
230 umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern. Die Instabilität der globalen
231 Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei,
232 unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in
233 Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und
234 Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von
235 „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie
236 Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch
237 staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie öffentliche Dienstleistungen sind
238 in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik
239 unterwerfen wollen.

240 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
241 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
242 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
243 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

244 Im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
245 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
246 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
247 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
248 der Wirtschaft.

249 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
250 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
251 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an.

252 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
253 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
254 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten
255 fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land,
256 Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die
257 Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
258 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

259 **1.2. Was will Attac?**

260 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
261 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als
262 Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung
263 zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite
264 machen wollen und Krisen produzieren.

265 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
266 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

267 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
268 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen
269 nicht dazu führen, das einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
270 Gläubiger*innen fallen.

271 **1.3. Wie erreichen wir es?**

272 ***Finanzmärkte regulieren***

273 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
274 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
275 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
276 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
277 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
278 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
279 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
280 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
281 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens

282 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
283 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
284 Nationen umzusetzen.

285 **Kredite für soziale und ökologische Projekte**

286 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
287 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
288 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

289 **Schulden streichen**

290 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – das Schuldenmoratorium DSSI und
291 Umschuldungsangebote wie das Common Framework for Debt Treatments beyond the DSSI -
292 haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales,
293 transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist
294 darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zu Gute kommen und nicht
295 nur korrupten Eliten dienen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im
296 aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck
297 aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

298 **International handeln**

299 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
300 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass Freiheit der Investor*innen
301 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
302 internationalen Handelns.

303 **2. Handelspolitik und Menschenrechte**

304 Handel wird als Schöpfer von Reichtum und Wohlstand beschworen: Je grenzen- und
305 hemmungsloser der Handel, desto größer der Reichtum. Die Vollendung des Handels wird darin
306 gesehen, dass auf den Shetland-Inseln jeder Lammfleisch aus Neuseeland kaufen kann, während vor
307 den Türen des Supermarktes Schafe grasen. Die permanente Verletzung der Rechte der Menschen
308 und der Natur wird für den sogenannten "freien" Handel in Kauf genommen.

309 Für Attac stehen Menschenrechte nicht der Profit im Mittelpunkt des Wirtschaftens und Handels.

310 **2.1. Was ist das Problem?**

311 Der globale Handel verspricht Reichtum für viele, schafft aber nur viel Reichtum für wenige.
312 Ohne Rücksicht auf Mensch und Natur „fahren“ auf den Handelsrouten dieser Welt Profite in
313 die immer gleiche Richtung. In der anderen Richtung werden Gerechtigkeit und Schutz der
314 Schwachen stark gebremst unter Missachtung jeglicher Grenzen ökologischer Verträglichkeit.
315 Nach wie vor diktiert die Wachstumsrate mit dem BIP als Maßeinheit das Maß des Wohlstands.

316 Unterstützt und bewirkt wird dies durch ein Handelsregime auf Basis des Abkommens von
317 Marrakesch zur Gründung der WTO am 15. April 1994. Dieses Regime, dem aktuell nur
318 Staaten wie Nordkorea, Eritrea oder Kosovo nicht beigetreten sind, ist bewusst außerhalb der
319 Vereinten Nationen installiert worden.

320 Es ist einseitig auf Handelsliberalisierung ausgerichtet und dadurch, dass die Staaten sich
321 dessen Regeln unterwerfen, mit vergleichsweise mächtigen Durchsetzungsmechanismen

322 ausgestattet. Es kann in Länder hineinregieren, um Liberalisierungsverpflichtungen Geltung zu
323 verleihen, von denen insbesondere transnationale Unternehmen (TNCs) profitieren.

324 Die starke Verbundenheit zu Demokratie und zu fundamentalen Rechten, wie sie in der
325 Menschenrechtserklärung von 1948 niedergelegt sind, wird zwar stets beteuert, im Streitfall
326 geraten jedoch Menschenrechte, soziale, ökologische und arbeitsrechtliche Belange immer
327 wieder unter die Räder. Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer*innen werden in vielen Fällen
328 schlichtweg ignoriert.

329 Handelsverträge – nicht zuletzt die von der EU geschlossenen wie CETA (ohne vollständige
330 Ratifizierung vorläufig in Kraft gesetzt) – regeln nicht nur die Höhe von Zöllen, sondern sie
331 legen darüber hinaus systematisch den Vorrang des Marktes fest, so dass politische Gestaltung
332 höchstens als ausdrückliche „Ausnahme“ möglich ist. Dies gilt im Bereich der zuvor
333 öffentlichen Dienstleistungen bis hin zur Wasser-, Energie- oder Gesundheitsversorgung, zur
334 Bildung, zur Mobilität und der Schutzwirkung von Zöllen usw.

335 Aber auch Vorschriften zum Schutz von Arbeitnehmer*innen entlang der globalen
336 Wertschöpfungs- und Lieferketten, zum Schutz der Umwelt, zum Erhalt der Biodiversität, zum
337 Schutz von Verbraucher*innen usw. laufen Gefahr, als Handelshemmnisse eingestuft zu
338 werden. Sie sind ständig davon bedroht, unter Berufung auf einen Handelsvertrag zu Fall
339 gebracht zu werden. Dies nicht zuletzt deswegen, weil die WTO-Regeln einen
340 Streitbeilegungsmechanismus vorschreiben, der Schiedsgerichte außerhalb der ordentlichen
341 Gerichtsbarkeit vorsieht und installiert.

342 Schlimmer noch: Dort, wo bestehende Konventionen für alle sichtbar systematisch missachtet
343 und verletzt oder Umwelt und Habitate irreversibel zerstört werden, gibt es für die Opfer nur
344 begrenzte bis gar keine Möglichkeiten, die Verursachenden zur Verantwortung zu ziehen.

345 Auf der anderen Seite wird das „geistige Eigentum“ in Form von Patenten so strikt geschützt,
346 dass Millionen AIDS- und Corona-Erkrankte im Globalen Süden keine Medikamente oder
347 Impfungen erhielten und erhalten, während grenzüberschreitenden Investoren durch
348 Investitionsschutzverträge umgekehrt sogar das Recht zugebilligt wird, unter Berufung auf
349 negative Folgen eines demokratischen Gesetzes für ihre Investitionen milliardenschwere, aus
350 Steuermitteln zu bezahlende Schadenersatzzahlungen zu erstreiten.

351 Der deregulierte „Markt“ setzt der Unternehmenskonzentration bis hin zur Monopolbildung
352 keine wirksamen Grenzen, Wettbewerb findet auf immer größeren Skalen zwischen immer
353 machtvolleren Strukturen statt, wer nicht mithält, bleibt auf der Strecke. Die globale
354 Arbeitsteilung in der industriellen Fertigung hat erhebliche Ausmaße angenommen.
355 Insbesondere lohnintensive Bereiche wurden und werden in Subunternehmen ausgelagert oder
356 in Länder mit geringeren bis gänzlich fehlenden arbeitsrechtlichen Standards verlegt.
357 Nebeneffekt dieser Atomisierung der Arbeitsprozesse ist, dass nahezu kein Unternehmen mehr
358 in der Lage ist, sämtliche Komponenten eines Produktes selbst herzustellen. Gewollt oder
359 ungewollt fehlende oder verknappte Komponenten können ganze Industrien lahmlegen und
360 damit zum Hebel geopolitischer Auseinandersetzungen werden. Die Auswirkungen eines
361 aktuell sich abzeichnenden "roll back" bei den globalen Lieferketten sind noch nicht
362 abzusehen.

363 **2.2. Was will Attac?**

364 Die fatalen Folgen des global geltenden Handelsregimes bleiben selbst hartnäckigsten
365 Befürwortenden nicht mehr verborgen. Selbst dem EU-Parlament sind sie inzwischen bekannt,
366 nicht zuletzt aufgrund der Arbeit der „unbefristeten zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe“
367 (OEIGWG):

368 Zurückgehend auf eine Initiative von Ecuador 2014 im Rahmen der UNO hat sich eine weltweite
369 Allianz (Treaty Alliance) gebildet, die eine Umwandlung der freiwilligen Leitlinien der UNO
370 (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights; UNGPs) in einen
371 völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ("Binding Treaty") fordert.

372 Wir begrüßen, dass Deutschland und andere Staaten auf zivilgesellschaftlichen Druck hin
373 inzwischen „Lieferkettengesetze“ verabschiedet haben, die die Menschenrechte in jenen
374 Lieferketten besser schützen sollen. Die EU muss hier durch eine deutlich ambitioniertere Richtlinie
375 weiter vorangehen und auch die Wertschöpfungsketten in ihre Regulierungen einbeziehen.

376 **2.3. Wie erreichen wir das?**

377 Wir fordern die deutsche Regierung und die EU auf, sich der "Treaty Alliance" anzuschließen.
378 Inzwischen ist offensichtlich, dass ein vollkommen deregulierter Markt Probleme nicht löst,
379 sondern verursacht. Deshalb muss ein "Binding Treaty" für eine menschenrechtliche Regulierung
380 der globalen Wirtschaft implementiert werden.

381 All jene Bestimmungen der WTO-Verträge sowie der bilateralen Handels- und
382 Investitionsverträge – nicht zuletzt die der EU –, die dem Primat der Menschenwürde
383 widersprechen und damit gegen das verpflichtende Völkerrecht verstoßen, müssen auf den
384 Prüfstand gestellt werden. Die Nachhaltigkeitsziele der UNO (SDGs) sind als starke Prinzipien
385 bei Streitigkeiten zu berücksichtigen. Den Streitbeilegungsmechanismus über undemokratische
386 Schiedsgerichte lehnen wir ab.

387 **3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken**

388 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
389 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
390 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
391 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

392 **3.1. Was ist das Problem?**

393 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
394 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
395 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser,
396 Verkehrsunternehmen und Schienennetze. Auch vor den Sozialversicherungssystemen wurde nicht
397 Halt gemacht. Sogenannte Public-Private-Partnerships, bei denen die öffentliche Hand und Private
398 gemeinsame Unternehmen betreiben oder sich die öffentliche Hand langfristig an private
399 Unternehmen bindet, um Dienstleistungen zu erbringen, sind ebenfalls als Formen der
400 Privatisierung zu sehen.

401 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
402 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
403 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende zu schaffen, um Renditen zu erwirtschaften.
404 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden

405 billiger und besser werden. Stattdessen kam es in ihrer Folge oft zu Verteuerungen und
406 Leistungsabbau. Gelohnt haben sich die Privatisierungen vor allem für diejenigen, die ihr Kapital in
407 den privatisierten Unternehmen angelegt haben. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private
408 entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt. Investitionsschutzabkommen und
409 Freihandelsverträge ebenso wie der Vertrag von Lissabon und EU-Richtlinien sichern die Profite
410 von Privatisierungsgewinnern und erschweren Vergesellschaftung.

411 **3.2. Was wäre besser?**

412 Grundlegende Dienstleistungen wie Gesundheitsversorgung, Bildung, digitale Teilhabe, Verkehr,
413 Energie- und Wasserversorgung gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht dazu genutzt
414 werden, Profite zu erzielen. Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein
415 wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft sein. Öffentliche
416 Unternehmen müssen aber stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet werden. Es reicht
417 nicht aus, wenn politische Mandatsträger*innen in den Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von
418 ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen,
419 Stromabnehmer*innen und Umwelt- und Sozialverbände bei den Stadtwerken und Patient*innen im
420 Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten. Dafür müssen an
421 die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten
422 gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der
423 Gruppen allein die Mehrheit hat. Die Organisationen sollen nicht in dem Privatrecht unterliegenden
424 Formen wie AG oder GmbH organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form wie
425 beispielsweise der Anstalt des öffentlichen Rechts, um sie vor Privatisierung zu schützen.

426 **3.3. Wie erreichen wir es?**

427 ***Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und*** 428 ***Wohnungsunternehmen vorantreiben***

429 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
430 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung,
431 verhindert werden, und inzwischen werden sogar Stadtwerke rekommunalisiert und neue
432 öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber
433 bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen auch demokratisiert und
434 nach sozialen und ökologischen Prinzipien ausgerichtet werden.

435 ***Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückdrängen***

436 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem in Form der Fallpauschalen und der
437 Privatisierung von Kliniken muss zurückgedrängt werden. Art und Umfang medizinischer
438 Behandlung muss sich in erster Linie am Bedarf orientieren und nicht an den Kosten. Notwendige
439 Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert werden. Mit der
440 Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, Privatisierte Krankenhäuser müssen
441 wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

442 ***Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten***

443 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
444 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
445 soll Bildung im Wesentlichen öffentlich organisiert werden und allen unabhängig von ihren
446 ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen.

447 **Die Deutschen Bahn demokratisieren, nicht privatisieren**

448 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
449 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut, günstig und barrierefrei zu benutzen ist. Dies kann eine
450 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
451 nicht leisten. Ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
452 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
453 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
454 Entscheidungen beteiligt werden.

455 **Investitionsschutzabkommen und Handelsabkommen, die Vergesellschaftung 456 verhindern oder Marktöffnungen erzwingen, abschaffen**

457 Viele Handelsabkommen enthalten Regelungen, um Marktöffnungen und Privatisierungen zu
458 erzwingen. Sie müssen aufgekündigt werden. Ein wesentlicher Bestandteil vieler
459 Investitionsschutzabkommen ist es, die Vergesellschaftung von Unternehmen oder
460 Infrastruktureinrichtungen zu verhindern. Damit untergraben sie das demokratische Recht von
461 lokalen Gemeinschaften und Staaten, selbst über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige
462 Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert
463 werden. Attac setzt sich für die Abschaffung solcher Investitionsschutzabkommen ein.

464 **Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst**

465 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
466 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um qualitativ hochwertige
467 Dienstleistungen erbringen zu können.

468 **4. Krieg und Militarisierung**

469 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
470 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
471 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
472 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
473 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

474 **4.1. Was ist das Problem?**

475 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
476 Verletzten an den Fronten. Sie richtet sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
477 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
478 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Rollenmuster gewinnen an Bedeutung, die Rechte
479 von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen
480 und werden ausgegrenzt. **[Viele Menschen sind durch den Krieg entsetzt und möchten für ein
481 schnelles Ende]** Die Gewalt und das Unrecht von Krieg finden in der **Öffentlichkeit** meist wenig
482 Aufmerksamkeit und erscheinen weit weg. **Ist Krieg präsent, wird er normalisiert.**
483 **Vergangene Kriege werden schnell verdrängt wie in Afghanistan, Jugoslawien oder
484 Irak.** Die lange Fortdauer über Jahre, die Entmenschlichung und das Ausmaß der Verbrechen gerät
485 aus dem Blick. Der russische Angriff auf die Ukraine hat den Krieg bis in die unmittelbare Nähe
486 Deutschlands rücken lassen.

487 Innerstaatliche Konflikte haben massiv zugenommen – oft als Spätfolge der Kolonialisierung. Viele
488 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in armgemachten Ländern des Globalen Südens
489 häufig auch ökonomischen Zwängen. Großmächte, militärische Bündnisse und internationale

490 Organisationen intervenieren in Bürgerkriege über fünfmal häufiger als noch vor 20 Jahren. Die
491 weiter andauernden Kriege in Jemen oder Syrien zeigen, wie Großmächte Konflikte zu
492 Menschheitsverbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert haben, statt dezentrale und
493 selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen. Die gegenwärtige militärische Globalisierung
494 wird vorangetrieben durch die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie in die ganze Welt. Sie
495 wird nicht nur in Kriegen deutlich, sondern ebenfalls in der militarisierten Abwehr Geflüchteter und
496 im Ausbau gewaltsamer Repression innerhalb von Staaten.

497 War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihre Kriege
498 dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss
499 ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen
500 und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten und die Konkurrenz mit China um Einflussphären
501 und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen. Die Konflikte
502 führen in eine globale Gefahrenlage lange nicht dagewesener Dringlichkeit: Die Aufrüstung
503 verschärft sich erneut drastisch, nachdem sie bereits seit der Jahrtausendwende andauert. Ein
504 Atomkrieg erscheint so realistisch, wie lange nicht mehr.

505 Die Macht der militärischen Globalisierung zeigt sich beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das
506 Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei
507 sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig und U.S. Army,
508 Bundeswehr und Co. jeweils die staatlichen Institutionen mit dem größten CO²-Ausstoß. Militär
509 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
510 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
511 **auch** zur Lösung der Klimakrise nötig.

512 **4.2. Was will Attac?**

513 Attac setzt sich ein **für friedliche, demokratische, multilaterale Weltordnung und zivile**
514 **Konfliktlösung ein.** Wir wollen nicht nur die Finanzmärkte entwaffnen, sondern auch die
515 Kriegstreiber und Rüstungskonzerne. Die Globalisierung von Profit- und Machtinteressen wird
516 auch mit Waffengewalt auf Kosten der Menschen und der Umwelt ausgetragen. Doch eine Welt
517 **jenseits von Aufrüstung und Krieg ist möglich!**

518 **Sicherheit muss neu gedacht werden:** Die Ressourcen, die für das Militär aufgewendet werden, sollten
519 genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakri- se, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt
520 Rüs- tung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle, und vielfältige Kunst und Kultur.

521

522 **4.3. Wie erreichen wir das?**

523 **Zivile Konfliktlösung**

524 Internationale Organisationen für gemeinsame Sicherheit müssen ausgebaut werden und präventiv
525 Konflikte verhindern. UNO, OSZE und andere Akteur*innen sollen gestärkt werden, um bei
526 Konflikten frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dies steht dem deutschen
527 Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist
528 Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. **Kriegsbündnisse wie die**
529 **NATO sollten aufgelöst werden.** Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und
530 stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

531 **Globalisierung entmilitarisieren**

532 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird
533 militärisch abgesichert und durchgesetzt. Durch unsere Globalisierungskritik stellen wir daher die
534 Grundlage von Kriegen in Frage. In der Zunahme an Konflikten erleben wir auch die Folgen der
535 neoliberalen Neuordnung der Welt. Der Mangel an Internationaler Zusammenarbeit und die
536 ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen tragen zu Konflikten, Krieg und
537 Terrorismus bei.

538 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die
539 Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen – ob in der EU, den USA oder in
540 Russland, ob im Iran, in Syrien, in Myanmar, Äthiopien, Afghanistan, **Saudi-Arabien** oder in
541 Mexiko. Unser Protest gegen die militärische Globalisierung ist global-solidarisch –
542 **nationalistische** Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab. Die Beteiligung an Kriegen und
543 militärischer Gewalt legen wir offen und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf
544 Selbstverteidigung erkennen wir dabei an.

545 **Globale Abrüstung**

546 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
547 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
548 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut werden, insbesondere unterstützen wir den
549 Atomwaffenverbotsvertrag. Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den
550 Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen
551 beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion.
552 Die Aufrüstung Deutschlands wird unter dem Vorwand des Ukraine-Kriegs massiv vorangetrieben.
553 Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

554 **5. Soziale Sicherheit für alle**

555 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen
556 und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine
557 wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des
558 gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen
559 Sicherungssysteme.

560 **5.1. Was ist das Problem?**

561 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
562 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
563 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
564 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, *die immer größer wird.*

565 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
566 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
567 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (z.B. eigener Betrieb, Vermietung ...) auch Einkommen aus
568 den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und
569 teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der
570 Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der
571 Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
572 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

573 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte soziale Absicherungen erkämpft, die aber
574 -insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften- von antisozialen
575 Politiken- wieder zurückgedrängt und abgebaut wurden; so auch im Zuge der neoliberalen
576 Globalisierung. Sozialleistungen werden mit der Begründung abgebaut, dass sich dadurch die
577 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Konkurrenzkampf um die
578 Ansiedlung von Unternehmen verbessert und die Wettbewerbsposition der nationalen
579 Unternehmen international gestärkt werden.

580 Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten
581 Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange,
582 meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt.
583 Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen.
584 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich von Zugang zum Sozialsystem
585 ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege
586 wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht
587 bezahlt.

588 **5.2. Was will Attac?**

589 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
590 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
591 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder
592 Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und
593 wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle
594 Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal
595 welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und
596 Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert
597 und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

598 **5.3. Wie erreichen wir es?**

599 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
600 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen und Erbschaften höher besteuert und Menschen, die
601 über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Dadurch würde auch mehr Geld für die
602 sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Im Bereich der sozialen Sicherungssysteme
603 schlägt Attac konkret vor:

604 ***Solidarische Bürgerversicherung***

605 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
606 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
607 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
608 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
609 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

610 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
611 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
612 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

613 **Soziale Grundsicherung**

614 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
615 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht
616 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet.

617 **Radikale Arbeitsumverteilung**

618 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
619 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
620 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
621 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
622 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.

623 **Solidarische Städte**

624 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
625 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
626 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
627 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

628 **6. Flucht/Migration**

629 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
630 völkerrechtlich geschütztes Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

631 **6.1. Was ist das Problem?**

632 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
633 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, keine Perspektiven, die
634 immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
635 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
636 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Moria ohne Unterkunft,
637 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
638 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist:innen – ein Hauptakteur bei
639 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
640 Hunderttausende Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier
641 wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen
642 politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen
643 Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden
644 von deutschen Politiker:innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von
645 rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand der Zivilgesellschaft
646 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil
647 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
648 ausgleichen.

649 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
650 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
651 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
652 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

653 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
654 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie z.B. Wasser) zeigen ihre Wirkung in
655 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in

656 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen. Kapitalismus, Klimakrise und
657 Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit
658 erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum
659 Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende
660 Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und
661 Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte
662 ausgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

663 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
664 des Klimawandels, Krieg etc. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
665 Lebensweise der Industrieländer im Globalen Norden vielfach ausgeblendet, die auf der
666 Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den
667 Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von Ländern des Globalen Nordens vorangetrieben
668 wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden
669 zerstört und zwingen zunehmend zur Klimaflucht. Auch europäische Handelspolitiken
670 manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und
671 Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres
672 Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt. Den
673 Fachkräftemangel im Globalen Norden durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften
674 auszugleichen, ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in den Globalen Süden
675 aus.

676 **6.1. Was will Attac?**

677 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
678 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
679 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
680 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
681 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
682 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus.

683 **6.3. Wie erreichen wir das?**

684 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
685 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
686 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
687 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
688 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind ein
689 Waffenexportstopp, die Änderung des Asylrechts und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe
690 wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger:in.

691 **7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.**

692 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
693 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
694 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die Länder im Globalen Norden die
695 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der Länder des Südens. Deshalb ist
696 Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

697 **7.1. Was ist das Problem?**

698 Die Entwicklung des Kapitalismus geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der
699 Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die
700 westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die
701 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
702 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
703 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar. Das
704 auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die planetaren
705 Grenzen und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.

706 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
707 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
708 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
709 kann nicht in sie integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
710 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
711 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen.

712 **7.2. Was will Attac?**

713 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
714 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
715 den Ländern des Globalen Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden
716 Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

717 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
718 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft
719 umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft sind im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit
720 und dem Problem, die mit der Externalisierung einhergehen, zu hinterfragen.

721 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
722 der Wirtschaft stehen.

723 **7.3. Wie erreichen wir das?**

724 ***Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik***

725 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
726 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
727 insgesamt.

728 ***Anders wirtschaften und konsumieren***

729 **Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher**
730 **Einkommen und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum**
731 **reduzieren, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.**

732 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
733 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
734 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
735 produziert werden soll.

736 Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und
737 vor allem reparierbar sein.

738 Die Herstellung unnützer Produkte wie etwa Rüstungsgüter muss **eingestellt** werden. In der
739 Nahrungsmittelproduktion ist eine **bedürfnisorientierte**, ökologische Landwirtschaft ohne
740 weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

741 **Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.**

742 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energieerzeugung zu 100 Prozent
743 erneuerbar sein. Zudem darf die Energiewende im Globalen Norden nicht auf Kosten der Menschen
744 im Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt
745 werden.

746 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
747 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
748 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle leistbar zur Verfügung gestellt werden. Die
749 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

750 **Klimafreundliche Mobilität für alle**

751 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an
752 vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

753 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
754 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss z.B. deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa
755 Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, untersagt werden.

756 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
757 naturschonende Mobilität, die auf Fuß-, Rad- und barrierefreie öffentliche Verkehre setzt statt auf
758 Autos und für alle bezahlbar ist.

759 **8. Demokratie**

760 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Souveränität und
761 Grundrechte, ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen
762 Versprechen einer per Definition geltenden „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit
763 und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können,
764 bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede
765 Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung.
766 Politische Bildung ist deshalb ein **zentrales Anliegen** von Attac.

767 **8.1. Was ist das Problem?**

768 Echte Demokratie sollte mehr sein als eine reine Herrschaftslegitimation alle paar Jahre in einem
769 parlamentarischen System, **in dem** Handlungszwänge, wie durch Vorgaben eines „ausgewogenen
770 Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3
771 EU-Vertrag), mit demokratischen Idealen kollidieren. Darüber hinaus gibt es Länder, in denen nicht
772 einmal Mindeststandards einer Demokratie umgesetzt sind.

773 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
774 Menschen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln bzw. ihr ökonomisches Kapital einen
775 unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber
776 Entscheidungsträgern in Parteien und Parlamenten, kann das nicht im Sinne von Demokratie sein.
777 Vielmehr müssen Systeme als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn
778 wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind.

779 Wenn Freihandelsverträge ~~unter dem Regime der WTO~~ über ihre Liberalisierungs- und
780 Regulierungsverpflichtungen im Sinne großer Konzerne in Staaten hineinregieren, oder noch
781 schlimmer, die EU-Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, den
782 Parlamenten übergeordnete Entscheidungsebenen, einzuführen, stehen Werte wie Demokratie nur
783 auf dem Papier.

784 Wachsender Autoritarismus, Rechtspopulismus, Überwachung, rechtsextreme Netzwerke,
785 Meinungsmanipulation in Sozialen und etablierten Medien sowie die Ausbreitung "alternativer
786 Fakten" (Lügen), weil Einigkeit über Realität bröckelt, sind Alarmzeichen dafür, dass
787 demokratische Strukturen nicht nur nicht vollständig realisiert sind, sondern, sofern vorhanden,
788 gezielt zum Abschuss freigegeben werden sollen. In die Bresche springen Politiker:innen der
789 extremen Rechten, die sich als die 'wahre Stimme des Volkes' inszenieren, aber zugleich
790 demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen.
791 Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden
792 muss. Daneben gibt es viele Länder, in denen es keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt
793 und politische Opposition nicht zugelassen wird. Hier fehlen wesentliche Voraussetzungen für eine
794 Demokratie.

795 Gelebte Demokratie kann nie idealtypisch umgesetzt werden und erfordert permanente
796 Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur um den Abbau von Demokratie
797 zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen! Grundrechte und die globalen
798 Menschenrechte müssen als integraler Bestandteil von Demokratie verteidigt werden und für
799 Länder, in denen sie fehlen, gefordert werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess, und der Wille,
800 sie **mitzugestalten**, die Aufgabe von uns allen! Gleichzeitig ist klar, dass nicht alle den gleichen
801 Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten haben. Dabei stellt sich die Frage, wer
802 tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, Eigentumsfragen und Bildung
803 spielen.

804 **8.2. Was will Attac?**

805 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
806 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkte Demokratie und demokratischer

807 Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen, wobei Hemmschwellen für die Beteiligung abgebaut
808 werden müssen. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
809 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
810 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden.

811 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
812 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. **Unser** Ziel muss es
813 sein, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

814 **8.3. Wie erreichen wir das?**

815 Instrumente wie Bürger:innen-Entscheide weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für
816 alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

817 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
818 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
819 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale
820 Bewegungen ein Einfallstor sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und
821 glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

822 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
823 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
824 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
825 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
826 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. sind nicht im Interesse der breiten
827 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
828 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben.

829 Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue
830 Konzepte der Vergesellschaftung!

831 **9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus**

832 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
833 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
834 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres
835 Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine
836 andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei
837 Attac ein wichtiges Thema.

838 **9.1. Was ist das Problem?**

839 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
840 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
841 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
842 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
843 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
844 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
845 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer, und arbeiten häufiger in
846 untergeordneten Positionen.

847 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
848 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
849 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

850 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
851 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
852 Lieferketten ...). Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess
853 jedoch oft nicht gehört.

854 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
855 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
856 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden, **also der**
857 **Ermordung von weiblich gelesenen Personen**, als heftigste Form patriarchaler
858 Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um
859 die Demonstration von Macht geht.

860 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
861 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die
862 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
863 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.“

864 **9.2. Was will Attac?**

865 FLINTA*s sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir
866 streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und
867 finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle
868 Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen
869 teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

870 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
871 keine Person, kein Geschlecht mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, um Profite zu steigern und
872 Herrschaft abzusichern.

873 **9.3. Wie erreichen wir das?**

874 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
875 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
876 sozial-ökologische Transformation.

877 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
878 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
879 Verbesserungen bzw. mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
880 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, z.B. durch geringere Gruppengrößen
881 und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

882 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
883 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich z.B. für die
884 Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
885 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
886 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein neues Selbstbestimmungsgesetz, das das
887 diskriminierende „Transsexuellengesetz“ ablöst.

888 **Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter**
889 **aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung –**
890 **jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der**
891 **Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.**

892 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
893 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
894 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
895 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
896 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
897 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
898 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale sehr zunutze. Es gibt jedoch auch
899 immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

900 In Attac achten wir darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden
901 (z.B. durch Quotierung und Awareness-Strukturen). Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit
902 zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den
903 feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine
904 befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für
905 eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

906

907 **Epilog**

908 **Eine andere Welt ist nötig und möglich**

909 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
910 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
911 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
912 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
913 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

914

915 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure z.B. mit
916 Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft
917 beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben.
918 Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt.
919 Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und
920 Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und
921 Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher
922 Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die
923 Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit
924 fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus
925 als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht.
926 Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter
927 verwirklicht.

928 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
929 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
930 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
931 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
932 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
933 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
934 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
935 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
936 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
937 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
938 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
939 schädlicher und unnützer Produkte.

940 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
941 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
942 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des globalen Südens.

943 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
944 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

945 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
946 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die
947 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
948 und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

949 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
950 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
951 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
952 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
953 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
954 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

955 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
956 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
957 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
958 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

959 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse, haben die
960 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
961 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
962 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere
963 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
964 Naturzerstörung gestoppt.

965 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
966 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
967 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
968 durchgesetzt.

969 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

970

971 *FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für F rauen, L esben, i ntergeschlechtliche, n ichtbinäre, t rans und a gender
972 Personen. Das angehängte Sternchen dient dabei als Platzhalter, um alle nicht-binären Geschlechtsidentitäten
973 einzubeziehen.